

KURZ UND PRÄGNANT

Durchsichtiger Rechtspopulismus

Zur von der AfD-Fraktion eingebrachten Normenkontrollklage gegen das Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren, gegen die Teilnahme von Menschen aus anderen EU-Ländern bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sowie gegen die Öffnung des Einwohnerantrags für alle Einwohner ohne deutschen Pass in Thüringer Kommunen, erklärte André Blechschmidt, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion: „Dieser Aktionismus beim Thüringer Verfassungsgerichtshof entlarvt erneut, dass die AfD nur auf Spaltung der Gesellschaft sowie Ausgrenzung und Stigmatisierung von bestimmten Personengruppen aus ist. Mit den Anträgen versucht die AfD, Gesetze rückgängig zu machen, die Rot-Rot-Grün zugunsten der Mitbestimmung von Jugendlichen und von in Thüringen lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf den Weg gebracht hat. Es ist eine üble und durchsichtige rechtspopulistische Masche, diskriminierende und fremdenfeindliche Aktivitäten unter dem Deckmantel der verfassungsgerichtlichen Überprüfung zu betreiben.“ ■

Gerechteres Straßenausbaubeitragsrecht

„Mit der nun im Gesetz- und Verordnungsblatt erfolgten Veröffentlichung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes wird die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen endlich im Interesse der Bürger sozial gerechter gestaltet“, sagte MdL Frank Kuschel. Gemeinden können ab sofort Straßenausbaubeiträge senken, Voraussetzung ist der Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit. Ab dem 1. Januar 2019 können Gemeinden unter der gleichen Voraussetzung gänzlich auf Beitragserhebungen verzichten. „Wir greifen damit die Kritik der Kommunen auf, per Gesetz Beiträge pflichtig erheben zu müssen. Damit geht Thüringen einen völlig neuen Weg“, so der LINKE-Kommunalexperte. Rot-Rot-Grün habe intensiv eine Begrenzung der Rückwirkung der Erhebung geprüft und musste aber feststellen, dass eine Stichtagsregelung verfassungsrechtlich bedenklich sei und zu Ungerechtigkeiten in Gemeinden führen könne. „Die Regelung dient der Rechtssicherheit und Beitragsgerechtigkeit und versetzt die Kommunen sofort in die Lage, die Belastung der Bürger deutlich zu reduzieren. Zudem läuft dann ab 1. Januar 2019 der gesetzliche Zwang zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gänzlich aus.“ ■

Zum Staatsvertrag zur Telefonüberwachung

Bedingungen sind Datenschutz, parlamentarische Kontrolle und Datensicherheit

Das Thüringer Regierungskabinet hat am 4. Juli seine Zustimmung zu einem Staatsvertrag für ein Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ) auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung erteilt. Dazu erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Wir sind weiterhin skeptisch, auch wenn keine neuen Befugnisse vorgesehen sind und das Zentrum die ankommenden Daten nur technisch verarbeitet, während die Polizei direkt in den Ländern sie wie bisher inhaltlich auswerten soll. Zwar sieht der Staatsvertrag im Vergleich zu einem früheren Entwurf Verbesserungen beim Datenschutz vor, aber es fehlt in vielen Punkten die konkrete Umsetzung, die im Rahmen einer ‚Feinplanung‘ auf später verschoben wird.“

Für die LINKE ist es wichtig, dass ein effektiver technischer Datenschutz garantiert ist und die Landesdatenschutzbeauftragten jederzeit weitgehende Kontrollrechte ausüben können. Die parlamentarische Kontrolle muss sichergestellt sein, auch dürfen weder technisch noch rechtlich ‚neue Befugnisse‘ geboren werden, und eine Nutzung des Zentrums durch Geheimdienste, wie durch den Thüringer Amtsleiter gefordert, muss explizit ausge-

schlossen sein. Nur unter diesen Bedingungen und der Voraussetzung, dass wichtige Dokumente, wie ein bislang unter Verschluss gehaltenes Rechtsgutachten und eine Wirtschaftlichkeitsstudie, den Abgeordneten zugänglich gemacht werden, kann die LINKE im Thüringer Landtag einem solchen Staatsvertrag zustimmen.“ Nach Artikel 77 der Thüringer Verfassung muss nicht nur die Landesregierung, sondern auch das Parlament seine Zustimmung erteilen. Sobald der Vertrag dem Landtag vorliegt, wird die Linksfraktion mit den Koalitionspartnern über einen Entschließungsantrag verhandeln.

Nur Offenheit schafft Akzeptanz

Parallel soll ein Landtagsbeschluss der aktuellen und den kommenden Landesregierungen Leitplanken bei dem sensiblen Thema der Kommunikationsüberwachung setzen und die Parlamentarier in die Lage versetzen, ihre Kontrollfunktion auszuüben.

Die Polizei kann auf Basis der Strafprozessordnung und des Polizeirechts Telekommunikationsüberwachungen vornehmen, z.B. bei schwerer Kriminalität, dazu wird bislang im LKA eine TKÜ-Anlage betrieben. Weil der Hersteller das Produkt vom Markt nimmt und mehrere Bundesländer sich wirtschaftliche Einsparungen erhoffen, soll neue Technik im Fünf-Länderzentrum

gebündelt werden. Dort sollen die Daten verwaltet werden, die hoheitlichen polizeilichen Aufgaben, wie das Auswerten oder Mithören, soll weiterhin den Polizeibehörden der Länder vorbehalten bleiben.

Steffen Dittes bekräftigte die notwendige rechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen. „Es braucht auch technisch sicher getrennte Speicherbereiche, abgegrenzte Zugriffsrechte und sichere Verbindungen, damit z.B. die Sächsische Polizei nicht einfach auf Thüringer Telefondaten zugreifen kann.“ Der Abgeordnete forderte die Innenministerien der fünf Trägerländer zu mehr Transparenz auf. Gerade die zentralen Unterlagen, auf denen das Zentrum aufbaut, wie das Rechtsgutachten und die Wirtschaftlichkeitsstudie, sollten auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Bevölkerung habe ein Recht, zu erfahren, wie der Staat bei rechtlich zulässigen Voraussetzungen tiefgehende Eingriffe in die Grundrechte des Bürgers vornimmt. Wegen der vielen Unklarheiten hat sich die Linksfraktion seit Jahresbeginn bereits mit mehr als 60 Fragen an das Thüringer Innenministerium gewandt. „Wenn die Innenministerien ein solches Zentrum wollen, dann sind sie in der Bringepflicht gegenüber den Abgeordneten. Nur eine Kultur der Offenheit kann die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen.“ ■

Pacemakers-Tour: Für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen



Auf Beschluss der UN-Generalversammlung vom 23.12.2016 finden in diesem Jahr in New York Verhandlungen für ein Verbot von Atomwaffen statt. Nach der ersten Verhandlungsrunde vom 27. bis 31. März tagten die Staaten vom 15. Juni bis 7. Juli in zweiter Verhandlungsrunde. Dass die Bundesrepublik Deutschland sich weigerte, an die-

sen Verhandlungen teilzunehmen, nahmen die Pacemakers for Peace zum Anlass ihrer „Pacemakers Reformationstour – DER Raddemonstration als Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen“.

Sie waren „in Kooperation mit vielen Mayors for Peace Städten als Botschafter für atomare Abrüstung unterwegs“

mit dem Ziel, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und den „öffentlichen Druck zu verstärken, dass die Bundesregierung sich aktiv in die Verhandlungen einbringt und den Abzug der restlichen Atomwaffen aus Deutschland durchsetzt“.

Am 30. Juni machten die Pacemakers Station in Erfurt, wo die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag sie mit Getränken und Snacks empfing. „Es sind AktivistInnen wie die Pacemakers, die immer wieder wichtige gesellschaftspolitische Anliegen ins öffentliche Bewusstsein bringen und soziale Bewegungen, beispielsweise in der Frie-

densfrage, anstoßen. DIE LINKE dankt den Pacemakers und unterstützt dieses Engagement ganz selbstverständlich. Eine unserer friedenspolitischen Forderungen zur Bundestagswahl ist die vertragliche Ächtung von Atomwaffen weltweit“, erklärte die Landtagsabgeordnete Sabine Berninger.

Foto: Peter Lahn ■